



Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 2011 Wahlprüfsteine Jazzinitiative Berlin Antworten von Bündnis 90/Die Grünen Berlin

Antwort zu den Fragen 1. bis 5. und 9.

Bündnis 90/Die Grünen sind für eine vielfältige Kulturlandschaft in Berlin aktiv – mit einer starken Infrastruktur, gezielter Förderung und gesicherten Arbeitsbedingungen für die Berliner Kulturschaffenden in allen künstlerischen Sparten und damit auch im Bereich Jazz und improvisierte Musik. Neben den großen Häusern schenken wir unser Augenmerk den vielen freien Initiativen und Projekten, die die Stadt bereichern und bislang zu wenig Anerkennung erfahren. Dazu zählen für uns auch Ensembles und EinzelkünstlerInnen, die Jazz Musik machen.

Jazz Musik ist Teil der Berliner Musiklandschaft und muss als solche - da wo nötig - in einer angemessenen Förderpolitik Berücksichtigung finden.

Bisher sind für die Jazz-Förderung im Landeshaushalt 15.000 Euro jährlich über die KünstlerInnenförderung (Titel 68119) vorgesehen, die über Stipendien an derzeit fünf EinzelkünstlerInnen vergeben werden. Der Bedarf liegt aber wesentlich höher.

Hinzu kommt eine Förderung über die Zuschüsse für kulturelle Aktivitäten freier Gruppen (Titel 68610), über die im Umfang von bisher maximal 10.000 Euro Studioprojekte realisiert werden können.

Diese Summen sind verschwindend gering angesichts der Tatsache, in welcher Vielfalt die Jazz-Szene das kulturelle Leben der Stadt bereichert.

Die bisherige Förderung ist Konsequenz einer Kulturpolitik des rot-roten Senats und des Regierenden Bürgermeisters und Kultursenators Klaus Wowereit. Von den über 20 Millionen Euro Kürzungen, die Wowereit seinem Rivalen Thomas Flierl in der ersten rot-roten Amtsperiode aufgedrückt hatte, sind zwar in den letzten Jahren 16 Millionen in den Kulturretat zurückgeschaufelt worden, aber zugute gekommen ist dieses Geld ausschließlich den großen Häusern, allen voran den Opernhäusern. Im Zentrum der bisherigen rot-roten Kulturpolitik steht die Förderung von großen Kulturevents. Eine gezielte Strukturförderung, die langfristig zu guten Produktionsbedingungen der hier lebenden und arbeitenden Kulturschaffenden beiträgt, gab es bislang nicht.

Wir Grüne sagen: Nur mit einem konsequenten Umbau der Kulturförderung und einer qualitativen Analyse des kulturellen Angebots wird Berlin seine kulturelle Vielfalt erhalten und international attraktiv bleiben können.

Berlin braucht eine Kulturpolitik in der die Themen zusammen gedacht werden und Entwicklungspotentiale für einzelne Bereiche wie Musik, Literatur, Bildende Kunst etc. identifiziert werden. Das betrifft ebenso die Potentiale von Jazz und improvisierter Musik wie die anderer Musikstile.

In einem von Bündnis 90/Die Grünen geforderten Kulturentwicklungsplan wird sich zeigen, ob das bisherige Ungleichgewicht der Förderung in den Kunstsparten gerechtfertigt ist. Einen Förderbedarf nach rein rechnerischem Proporz zu ermitteln, halten wir nicht für zeitgemäß, da die künstlerischen Prozesse mehrheitlich interdisziplinär angelegt sind und immer wieder nach neuen Formaten und Kooperationen in der künstlerischen Arbeit gesucht wird.

Wir sind davon überzeugt, dass Kulturpolitik nur dann erfolgreich ist, wenn sie in Kooperation von Politik und Kulturszene gestaltet wird. Deshalb wollen wir mehr Vernetzung mit und unter

den Akteuren sowie eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Kunstschaffenden mit den Vermarktungsforen- und -formen. D.h. für uns auch, auf die Akteure im Bereich des Jazz und der improvisierten Musik zuzugehen und durch kooperative Strategien die Rahmenbedingungen für diese spezifische künstlerische Produktion und Präsentation zu verbessern.

Kulturpolitisches Ziel von Bündnis 90/Die Grünen ist eine gerechte und der aktuellen Situation entsprechende ausgewogenere Förderung zwischen der institutionellen Förderung und der Förderung der freien Szene. Angesichts der Gesamtentwicklung des Berliner Landeshaushaltes ist kaum mit einer Steigerung der Mittel für kulturelle Zwecke zu rechnen. Also müssen Veränderungen in der Förderung auch in Zukunft im Wesentlichen innerhalb des Kulturhaushaltes erfolgen. Dies allerdings zu Gunsten der freien Szene, wovon auch der Bereich Jazz und improvisierte Musik profitieren wird!

Wir wollen dafür sorgen, dass in Berlin eine nachhaltige Kulturpolitik gemacht wird. Eine Kulturpolitik, die Rahmenbedingungen schafft, in denen es KünstlerInnen und Kreativen möglich ist, von ihrem Beruf zu leben und gleichzeitig eine Familie zu haben. Daher wird eines unserer Schlüsselprojekte sein, die freie Kulturszene besser zu fördern. Als Sofortmaßnahme werden wir ein Prozent der Förderung aus dem institutionellen in den freien Bereich umschichten. Langfristiges Ziel muss sein, zehn Prozent des Kulturetats für die freie Szene festzuschreiben, um mehr Spielraum in der Honorargestaltung, KünstlerInnen- und Nachwuchsförderung zu erlangen.

Antwort zu der Frage 6.

Die Präsentation und damit inbegriffen Live-Auftritte sind elementarer Bestandteil einer lebendigen Kulturlandschaft. Das bedeutet, dass auch Orte zur Verfügung stehen müssen, an denen Kunst öffentlich aufgeführt und gezeigt werden kann. Daher gilt es zum einen Spielstätten zu erhalten, die aus öffentlichen Mitteln in den Bezirken oder vom Land Berlin gefördert werden. Wir Grüne sehen uns aber zum anderen auch verantwortlich für die Kultur, die nicht aus öffentlichen Mitteln gefördert wird. Die Entwicklung darf nicht allein den Kräften des Marktes überlassen werden. Hier wollen wir alle Möglichkeiten nutzen, um zu unterstützen, zu beraten und zu moderieren. Viele alternative und private Kulturprojekte, die Aufführungsmöglichkeiten auch für den Musikbereich bieten, sind gefährdet, da sie von ihren Standorten vertrieben werden. Hier wollen wir mehr Unterstützung und Vermittlung zum Erhalt der Projekte und Standorte anbieten.

Antwort zu der Frage 7.

Die Initiative Musik gGmbH ist eine Fördereinrichtung der Bundesregierung für die Musikwirtschaft in Deutschland. Sie wird getragen von der Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten (GVL) und dem Musikrat sowie finanziell unterstützt von GVL und GEMA/GEMA Stiftung. Bündnis 90/Die Grünen begrüßen die Einrichtung der Initiative Musik gGmbH, über die mehr als 1,5 Millionen Euro an Fördergeldern für KünstlerInnen und Musikunternehmen bereitgestellt werden.

Die Grünen stellen bisher keinen Vertreter bzw. keine Vertreterin im Aufsichtsrat. LandespolitikerInnen haben selbst keinen Zugriff auf die Förderentscheide.

Sofern größere Differenzen zwischen der Jazzinitiative Berlin und der Initiative Musik gGmbH bestehen oder aufkommen, bieten wir uns gerne als Mediatoren an.

Hinsichtlich der Unterstützung bei der Einreichung von Förderanträgen verweisen wir auf die Geschäftsstelle der Initiative Musik gGmbH, die Beratung und Hilfe explizit anbietet.

Antwort zu der Frage 8.

Studiengänge werden in Berlin – aus guten Gründen – nicht durch Senats- oder Parlamentsbeschluss eingerichtet. Wir würden uns aber freuen, wenn im Rahmen der Stärkung der musischen Ausbildung die künstlerischen Hochschulen mehr Offenheit gegenüber Populärer Musik aufweisen würden und auch in diesem Studienfeld Schwerpunkte setzen und sich mit den professionellen Akteuren in der Stadt Berlin stärker vernetzen. Eine solche Entsch-

derung wäre im Rahmen der Veränderung der Denominationen von Fachgebieten im Zuge von Neubesetzungen mittelfristig durchaus umsetzbar.

Antwort zu der Frage 9. – siehe 1. bis 5.

Antwort zu der Frage 10.

Wir wollen Kulturelle Bildung und darin eingeschlossen die musikalische Bildung als Bestandteil der Schulentwicklung verankern. Musikalische Bildung muss im Zusammenklang des klassischen Unterrichtsfachs Musik mit weiteren kontinuierlichen und zum Teil temporären Angeboten von Kooperationspartnern wie Musikschulen, Kultureinrichtungen und freien Trägern erfolgen. Angebote und Bildung im Bereich von Jazz und improvisierter Musik sind hier ebenso eingeschlossen wie andere Stilrichtungen.

Die Vielfalt des kulturellen Angebots in der Stadt Berlin bietet sowohl für die künstlerischen Fächer als auch für den Unterricht in anderen Fächern umfangreiche Möglichkeiten, um am praktischen Gegenstand zu lernen. Jazzmusik bietet hier eine Vielzahl von Ansatzmöglichkeiten den Bildungshorizont von SchülerInnen über die eigentliche Musik hinaus zu erweitern und zu bereichern.

Problematisch ist in erster Linie, dass der Unterricht in den musischen Fächern seit Jahren abgebaut und im Grundschulbereich zu großen Teilen fachfremd unterrichtet wird. Dieser Entwicklung muss mit einer qualitativen und inhaltlichen Aufwertung des musischen Unterrichts entgegengewirkt werden. Die Fächer Musik, Bildende Kunst, Darstellendes Spiel und Tanz müssen an Schulen von kompetenten PädagogInnen unterrichtet werden.

Praktische und künstlerische Angebote brauchen in der Schule als Lernort für Kulturelle Bildung mehr Platz. Die Zusammenarbeit mit KünstlerInnen, z.B. auch aus dem Bereich Jazz und improvisierte Musik, ist ein wichtiger Schritt, der vor allem bei der Entwicklung der Kinder in der Ganztagschule Beachtung finden sollte. Voraussetzung ist eine professionelle Anleitung aller Projekte und Programme und eine angemessene Honorierung von freischaffenden KünstlerInnen und KulturvermittlerInnen, die langfristig mit und in den Schulen arbeiten.

Antwort zu der Frage 11.

Da das geistige Eigentum für uns ein schützenswertes Gut ist, setzen wir uns für einen Urheberrechtsschutz ein, der die Bezahlung von Aufführungsrechten beinhaltet. Dies muss auch bei Live-Auftritten Berücksichtigung finden. Eine Reform der Arbeit der Verwertungsgesellschaften, die eine faire, unbürokratische und transparente Vergütung der Kunstschaffenden zur Folge haben muss, scheint darüber hinaus unabdingbar.

Zudem zeigt die Praxis, dass eine Beratung zu Urheberrechtsfragen z.B. über gut strukturierte Online-Information gerade im (Live-)Musikbereich nötiger denn je ist.

Antwort zu der Frage 12.

Die Juroren für den Hauptstadtkulturfonds können auf Vorschlag des Bundes, des Landes Berlin, der Akademie der Künste, des Rats für die Künste in Berlin und von der Kuratorin/dem Kurator vorgeschlagen werden. Die Vorschläge sind aber für die Entscheidung des Gemeinsamen Ausschusses nicht bindend.

Wir unterstützen, dass die Jury politikfern besetzt ist. Die dafür ausgewählten Personen sollen sich durch eine spartenübergreifende Sachkenntnis im Bereich Kultur auszeichnen und mit dem Kontext der Kulturszene in Berlin vertraut sein. Eine Begrenzung der Mitgliederzahl auf sechs halten wir für angemessen. Spezialisten für jedes einzelne künstlerische Genre in die Jury zu berufen, würde diese arbeitsunfähig machen. Daher halten wir einen regelmäßigen Wechsel der Juroren für sinnvoll, um langfristig eine Bandbreite von sachkompetenten ExpertenInnen mit der Auswahl zu betreuen.

Von dem Kurator bzw. der Kuratorin des Hauptstadtkulturfonds erwarten wir, dass der Juryprozess gut und transparent moderiert wird und die eingereichten Förderanträge angemessen in dem Verfahren behandelt und beraten werden.